

Pfennig Geld, keine Einrichtung, keine Hauskapelle, keine Paramente waren vorhanden. Für die notwendige Möblirung mußte der neue Bischof von seinen Privatmitteln 3350 Gulden ausgeben. Trotzdem zahlte er in wenigen Jahren 5000 fl. von der Bistumsschuld ab. Von Seite des Gotteshausbundes wurden außerordentliche Forderungen an ihn gestellt, man verlangte, daß er von seinen Gefällen jährlich 6000 fl. an den Bund gebe zur Bestreitung der Ausgaben bei unvorhergesehenen Fällen. Bischof Johann weigerte sich entschieden, diese enorme Summe zu bezahlen.<sup>1)</sup>

Die ersten Regierungsjahre des Bischofs Johann verliefen ruhig und friedlich, allein bald brachten die politischen Verhältnisse auch ihn in eine schwierige Lage. Im August 1603 schlossen die drei Bünde mit der Stadt und Republik Venedig ein Bündnis. Gemäß demselben stand es Venedig zu, im Falle des Bedürfnisses in Bünden 6000 Mann zu werben und die anderwärts geworbenen Truppen in der von den Bünden vorgeschriebenen Weise durch das Gebiet der Iegtern zu führen. Dagegen hatte Venedig jährlich 3600 Kronen zu zahlen und 50 Musketen zu liefern. Dieser Vertrag rief beim Statthalter in Mailand, Grafen Fuentes, große Erbitterung hervor. Spanien hatte schon wiederholt um ein Bündnis mit den drei Bünden geworben. Zu diesem Zwecke befand sich Kanonikus della Torre (Bruder des Nuntius) bereits zur Zeit der Wahl des Bischofs Johann in Chur. Er theilte einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten die projektierten Artikel mit und stellte bedeutende Pensionen in Aussicht. Frankreich suchte die drei Bünde mit allen Mitteln von Spanien fernzuhalten und versprach große Geldsummen. Trotzdem wäre der Graue Bund zum Abschluße des Vertrages bereit gewesen, nicht aber die zwei andern Bünde.<sup>2)</sup> Auch später warb Spanien vergeblich um ein Bündnis. Umsomehr verletzete nun der Vertrag mit dem gegnerischen Venedig. Fuentes traf unverzüglich zwei Gegenmaßregeln, er verbot die Ausfuhr von Getreide nach Graubünden und die Versendung von Waren über die Bündner Pässe und erbaute hart an der Grenze der bündnerischen Untertanenlande eine Festung.

Durch dieses Vorgehen geriet das Volk in Graubünden in große Aufregung, und es kostete Mühe, dasselbe von einem bewaffneten Zuge abzuhalten. Eine bündnerische Gesandtschaft, in welcher sich auch der Landvogt Beli von Belfort befand, konnte den Grafen

<sup>1)</sup> Laburner, II, S. 256.

<sup>2)</sup> Bat. Arch. I. c.